

# Renten Kürzung mit ver.di

Gewerkschaft segnet Reduzierung der Ansprüche bei Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes per Tarifvertrag ab. Klagen von Betroffenen erzwingen Nachverhandlungen. **Von Herbert Wulff**

Seit 30 Jahren ist Hartmut Vatter in der Gewerkschaft ver.di bzw. deren Vorgängerin ÖTV organisiert. Doch jetzt ist er sauer auf seine Organisation. Denn der ehemalige Krankenpfleger – der nach mehr als 30 Jahren im Klinikum Berlin-Neukölln und entsprechend langer Beitragszahlung in die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes, die sogenannte VBL, in den Ruhestand ging – muß deutliche Renteneinbußen hinnehmen. Schuld ist die 2002 in Kraft getretene Reform der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), die ver.di per Tarifvertrag absegnete. Dabei wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem, das ursprünglich die Altersrente der öffentlichen Angestellten auf das Niveau der Beamtenpensionen anheben sollte, durch ein auf die Verzinsung von Beiträgen ausgerichtetes Punktemodell ersetzt. Die zuvor erworbenen Ansprüche werden in sogenannten Startgutschriften festgehalten. Doch diese bescherten einem Großteil der Einzahler herbe Verluste.

»Ich zahle doch nicht meinen Gewerkschaftsbeitrag, damit mir mit Hilfe von ver.di die Rente gekürzt wird«, kritisiert Vatter. Ver.di habe bei den Verhandlungen über die Umstellung gravierende Fehler gemacht, ist er überzeugt. Nachdem der Bundesgerichtshof (BGH) Teile des neuen Modells in einem Urteil vom November 2007 beanstandet hat, bestünde nun die Chance, Korrekturen durchzusetzen und Ungerechtigkeiten zu beseitigen. In der Tat will sich ver.di bald mit Vertretern der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammensetzen, um die vom BGH geforderten Nachbesserungen in Angriff zu nehmen. Da die Fachleute noch in den Redaktionsverhandlungen zum kürzlich erzielten Lohnabschluß mit der TdL stecken, ist bislang kein Termin für den Verhandlungsbeginn festgelegt.

»Es geht darum, die VBL gerichtsfest zu machen«, erläutert ver.di-Sprecher Jan Jurczyk auf jW-Nachfrage. Denn der BGH hatte die Startgutschriften zwar nicht grundsätzlich beanstandet, aber Änderungen für die sogenannten Späteinsteiger verlangt. Diese haben zum Beispiel wegen einer längeren Ausbildungszeit erst später mit den Einzahlungen in die Pflichtversicherung begonnen und müssen nach dem bisherigen Modell überproportionale Abschläge hinnehmen. Diese vom Gericht beanstandete



Demonstration für höhere Löhne im Gesundheitswesen in Stuttgart 2008

Ungleichbehandlung soll nun beseitigt werden. »Grundlage für weitere Berechnungen und juristische Bewertungen« ist für ver.di ein von VKA und TdL vorgelegtes Modell, heißt es in einem Gewerkschaftsflugblatt. Für Vatter ist das unverständlich. »Worum fragt ver.di nicht die eigenen betroffenen Mitglieder nach einer Grundlage für weitere Berechnungen und juristische Bewertungen?«, schreibt der ehemalige Betriebsrat in einem *junge Welt* vorliegenden Brief an den ver.di-Tarifexperten Achim Meerkamp. Er selbst habe wegen des von ver.di unterschriebenen Tarifvertrags etwa 30 Prozent seiner Ansprüche in der Zusatzversorgung verloren, kritisiert Vatter und nennt das »einen schweren Fall von Altersdiskriminierung«.

»Richtig ist: Es gibt Verlierer gegenüber der alten Regelung«, bestätigt Gewerkschaftssprecher Jurczyk. Die jeweiligen Einbußen seien abhängig von den individuellen Umständen zum Zeitpunkt der Überleitung in das neue System und könnten daher nicht genau quantifiziert werden. »Aber die Verluste können unter Umständen einige hundert Euro ausmachen.« Hauptbetroffene seien Alleinständige der Jahrgänge 1947 bis 1956 sowie Späteinsteiger, da diese nicht auf den vollen Punktwert und damit auf die hundertprozentige Auszahlung der Zusatzversorgung kommen könnten. Die

von Vatter und anderen Betroffenen ebenfalls kritisierte fehlende Dynamisierung der Startgutschriften – die nicht an die Preisentwicklung gekoppelt sind und daher im Laufe der Zeit abnehmen – hält Jurczyk für weniger gravierend. Vatter rechnet demgegenüber vor, die Ansprüche seien dadurch allein seit 2002 um real mindestens zehn Prozent zurückgegangen.

Die Ursache für die Rentenkürzungen – gegen die über 2000 Versicherte Klagen eingereicht und damit die Nachverhandlungen erzwungen hatten – liegt für Jurczyk nicht in der gewerkschaftlichen Verhandlungsstrategie, sondern im System. »Die VBL ist ein in sich geschlossenes, umlagefinanziertes System. Da die Zahl der Einzahler durch den permanenten Stellenabbau im öffentlichen Dienst immer weiter zurückgegangen ist, ist eine Unwucht entstanden, die behoben werden mußte«, erläutert der ver.di-Sprecher. »Die Alternative wäre gewesen, die Beiträge immens zu erhöhen, aber dann wäre das Ganze für die Beschäftigten zum Verlustgeschäft geworden.« Zudem hätten sich hier »die Grenzen der Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht« von ver.di gezeigt. Die öffentlichen

Arbeitgeber seien ganz offensichtlich nicht bereit, für eine ausreichende Finanzierung der VBL zu sorgen. »Es fehlte die Bereitschaft, das System am Laufen zu halten«, so Jurczyk. Vor diesem Hintergrund habe ver.di keine andere Wahl gehabt, als den reduzierten Rentenansprüchen zuzustimmen.

Für Vatter und andere Betroffene ist das eine unbefriedigende Erklärung. »Wozu brauche ich eine Gewerkschaft, die die Kürzungen einfach weitergibt?«, fragt er. »Zumindest müßte sie doch den Versuch machen, Rentner und Beschäftigte zu mobilisieren, um die Arbeitgeber zu einer ausreichenden Finanzierung der VBL zu zwingen.« Bei den anstehenden Verhandlungen biete sich diese Möglichkeit. Vatter ist allerdings wenig optimistisch, daß ver.di diese nutzen wird. Im Forum des ver.di-Mitgliedernetzes werde immer wieder beklagt, daß viele Mitglieder bei Renteneintritt die Gewerkschaft verließen. Mit einem akzeptablen Ergebnis bei den anstehenden Verhandlungen zu den Startgutschriften könne ver.di zeigen, daß sie auch die Interessen der Rentner gute vertrete.

◆ Website der Kritiker: [www.startgutschriften-arge.de](http://www.startgutschriften-arge.de)

Wer am 30. Mai an einer Protestaktion anlässlich der Tarifverhandlung teilnehmen möchte, meldet sich bei [hartmut.vatter@kabelmail.de](mailto:hartmut.vatter@kabelmail.de) T. (030) 62 72 85 95